

Zukunft des Staates: Neue Weltordnungen und Organisationsformen verändern die „res publica“

Vater Staat geht bald in Pension

Das Neuwahltheater in Österreich zeigte schmerzlich die Leistungsgrenzen der Politik auf. Statt „Change“ gibt es weiterhin den bewährten Proporztrutz. Verdient das Volk einen derart unzulänglichen Staat?

Arno Maierbrugger

Aus der Ferne betrachtet geht eigentlich alles den Bach hinunter in Österreich. Die globale Wirtschaftskrise legt ihre eisigen Klauen um das Land, die verbliebenen Staats- oder Halbstaatbetriebe sind schwer in der Bredouille und das Mantra „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ ist als hohle Phrase entlarvt.

Tausende Menschen werden in den kommenden Jahren ohne Job dastehen. Die Reaktionen auf die verschärfte Weltfinanzkrise, die lästigerweise mitten in den Wahlkampf fiel, waren ein Desaster.

Es gibt kein Konzept gegen die Krise, es gibt den bekannten Postenschacher und – als Folge davon – nach überwiegender Meinung politischer Kommentatoren nicht die besten Köpfe in der Regierung, zumindest nicht solche, die in der Lage wären, ein Land durch die aktuelle Krise zu führen. Was aber nicht heißt, dass das die letzten Regierungen geschafft hätten.

Demokratie ist nicht perfekt. Zu ihrer Aufrechterhaltung ist ein teurer Apparat notwendig.

Besonders in Österreich behindert sie sich zusätzlich durch eine ausgeprägte Kameralistik. Sie ist träge und verbraucht viel Energie für ihr eigenes System, bevor sie gestaltend wirken kann. Man denke an Parteienförderung oder das Phänomen der „Versorgungsposten“. Wie kann man es zum Beispiel als gegeben hinnehmen, dass ehemalige Politiker quasi automatisch einen Anspruch auf einen Posten in einem schönen Land erworben haben? Ginge es nicht um Steuergeld, würde es niemanden kümmern.

„Der früher für alles endverantwortliche Staat zerfasert unüberschaubar.“

STEPHAN LEIBFRIED,
MICHAEL ZÜRN,
POLITIKWISSENSCHAFTLER

In der jetzigen Regierung haben wir einen Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ), dessen erster Einfall eine Steuererhöhung war. Keine Steuerreform – neue Steuern. Kein Wunder,



Österreichs neue Regierung suhlt sich im warmen Sumpf des Proporz. Doch für einen gut geführten Staat der Zukunft wird das nicht reichen. Foto: APA/Robert Jaeger

Hundstorfer war sein ganzes Berufsleben lang ein aus Steuern bezahlter Funktionär. Was liegt also näher, als diesen Quell noch mehr anzuzapfen?

Man könnte auch folgende Rechnung anstellen: All jene, die in Zeiten vergangener Regierungen darauf eingegangen sind, sich aus „Selbstverantwortung“ eine private, auf Aktien bauende Pensionsvorsorge zu leisten, sind jetzt die Angeschmierten und wären wahrscheinlich mit einer moderaten Steuererhöhung in Summe wesentlich besser gefahren. Also ist privat nicht notwendigerweise besser als Staat, zumindest für das gemeine Volk und insbesondere den viel zitierten, steuergeschöpften Mittelstand.

Wie viel Staat braucht also der Mensch? Beginnen wir bei der Funktion eines Staates an

sich: Es sind gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Aufgaben, die ein Staat zu erfüllen hat. Die gesellschaftlichen betreffen das Zusammenleben der Menschen, die Rechtsordnung und die Gesellschaftsorganisation. Die politische Funktion betrifft das Gestalten des Staates (nach innen) und die Identitätsstiftung (nach außen). Und die wirtschaftliche Rolle sollte die ökonomische Funktionsfähigkeit eines Staates sicherstellen.

Diese Rahmenbedingungen werden auch in Zukunft eine Systemmatrix für einen Staat bilden, ohne die es ihn nicht geben kann. Die Frage ist nur, wie sich diese Matrix in Zukunft verschiebt und verändert.

Im Zeitalter immer stärkerer internationaler Verflechtungen müssen Staaten neu organisiert werden – für Österreich führt das sicherlich früher oder später zum Beispiel zur Frage, ob die Binnensubsidarität durch neun Bundesländer und deren Verwaltungshoheit noch zeitgemäß und vor allem leistbar ist.

Brennende Fragen

Brennende Fragen für die künftige Staatsorganisation sind auch Probleme des Gewaltmonopols gegenüber internationalen Verbänden und die Antwort auf „nichtstaatliche“ Terrorbedrohungen. Zudem muss sich ein Staat die Frage stellen, wie Ausgewogenheit zwischen Privatisierung und Verstaatlichung des Wirtschaftssystems zum Nutzen der Bevölkerung vor dem Hintergrund der Globalisierung und ihren wirtschaftlichen Schwankungen hergestellt werden kann.

Der Schweizer Rechtstheoretiker Matthias Mahlmann hält in seinen Überlegungen zur Zukunft des Staates fest, dass für Veränderungen neue Lösungswege erforderlich sind. „Nach der Diskussion um die Steuerfähigkeit des Staates, die Krise des Sozialstaates, Deregulierung, Privatisierung, Entbürokratisierung und Interna-

tionalisierung“ müssen sich Staaten neu definieren. Eine der künftigen Organisationsformen umfasst das sogenannte „New Public Management“, das eine Modernisierung der Staatsstruktur verfolgt. Das beginne bei nahe liegenden Anwendungen des Electronic Governments und Bürokratieabbau und reicht bis zur Ausgliederung staatlicher Aufgaben in „hybride“ Organisationsformen (Private Public Partnerships, Cross-Border Governance), argumentiert Mahlmann. Gleichzeitig müsse gewährleistet bleiben, dass dem Staatsbürger nicht der Einfluss auf diese neuen Organisationsformen entgleitet. Der Staat der Zukunft, so Mahlmann, müsse daher auch neue normative Leitbilder formulieren, die vor den geänderten Rahmenbedingungen bestehen. Die Ansicht, dass sich Nationalstaaten in Zukunft dekonstruieren, teile er aber nicht.

Deutlich pessimistischer sind hier die beiden Politikwissenschaftler Stephan Leibfried und Michael Zürn. In ihrem Sammelband *Transformation des Staates* vertreten sie die These, dass es mit dem „goldenen Zeitalter“ des Staates wie in den 1960er und 1970er Jahren, wo der Staat für alles endverantwortlich war, längst vorbei sei. Es werde in Zukunft zwar kein Weltstaat entstehen, und auch das Gewaltmonopol werde nicht zum Privateigentum. Aber der Staat „zerfasert unüberschaubar“, so die Politikwissenschaftler: Einzelne Funktionen werden an internationale Organisationen abgegeben, andere wiederum an kleine und große Unternehmen. Es werde „eine Vielzahl von einschneidenden Transformationen“ geben, und man müsse sich die Frage stellen, ob man den Staat der Zukunft „überhaupt noch Staat nennen kann“.

All diese Veränderungen erfordern leistungsfähige, gestalterische und weitblickende Politik und kein überholtes Selbstverständnis politischen Handelns.

Ein schlechter Scherz

Die vorerst heimliche Kürzung der Forschungsausgaben löst Unverständnis und massive Proteste in der Forschungscommunity aus.

Christian Czaak

economy liegt die aktuelle budgetäre Entwicklung des Forschungspfad der Regierung vor. Der Entwurf der zuständigen Sektion im Finanzministerium vom Juli sah für die Jahre 2009 bis 2013 ein Forschungsbudget von 2,31 Mrd. Euro vor. Im Entwurf für das Regierungsübereinkommen von den Ministern Doris Bures (SPÖ), Claudia Schmied (SPÖ), Johannes Hahn (ÖVP) und von ÖVP-Klubchef Karlheinz Kopf vom 11. November 2008 war dann eine Summe von 3,58 Mrd. Euro vorgesehen.

Auf Druck von Ex-Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP) und mit dem Sanktus von Josef Pröll (ÖVP) und Werner Faymann (SPÖ) wurde diese Summe nun auf aktuell 350 Mio. Euro reduziert. Begründung: Forschungsausgaben und -quo-

te werden am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. In der Krise sinkt die Wirtschaftsleistung und damit auch das BIP.

Somit genügen reduzierte Forschungsmittel, um die angepeilte Quote von drei Prozent des BIP zu erreichen. Weiters darf die Einhaltung des Budgetdefizits nicht gefährdet werden. Im Finanzministerium hat man Angst, dass die SPÖ zuviel Geld ausgibt. All dies berichten *economy* gegenüber mehrere Verhandlungsteilnehmer, die ungenannt bleiben möchten.

Heftige Reaktionen

Hannes Androsch hat als Erster mit Briefen bis hin zu Bundespräsident Heinz Fischer protestiert. Auch die weiteren Reaktionen fielen heftig aus: „Banken, welche die aktuelle Krise zumindest mitausgelöst haben und trotzdem weiter restriktiv mit Kreditvergaben sind,

werden mit enormen Summen finanziert. Die Akteure, welche für die Zukunft des Standortes arbeiten, denen werden die ohnehin beschränkten Mittel nun um 90 Prozent gekürzt. Forschung dient der Innovationsicherung und damit direkt der Wirtschaftsentwicklung“, so die Meinung mehrerer prominenter Forscher, die ungenannt bleiben wollen, *economy* gegenüber.

Nach Interventionen von Heinz Fischer bei Faymann und Pröll sprechen diese nun von einem Irrtum. Wissenschaftsminister Johannes Hahn zu *economy*: „Wir haben auch aufgeschrien. Es ist noch nichts fix, wir verhandeln weiter.“ In der Tat ist zu hoffen, dass dieser Irrtum raschest rückgängig gemacht wird und die Regierung ihre Wahlversprechen zur Priorität der Forschung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich einhält.